

Es gibt deutlich mehr Geld für Tagesmütter

ERZIEHUNG Rat der Stadt folgt dem Antrag der SPD – Erhebliche Mehrbelastung für die Verwaltung

VON SUNTKE PENDZICH

WILHELMSHAVEN – Deutlich mehr Geld und bessere Absicherung: Der Rat der Stadt hat am Mittwoch ein Paket verabschiedet, das die Arbeitsbedingungen von Tagesmüttern und Tagesvätern in Wilhelmshaven deutlich verbessern soll. Mit dem Beschluss folgt der Rat einem Antrag der SPD und geht damit noch weit über den Vorschlag der Verwaltung hinaus.

Verwaltungsvorschlag deutlich übertroffen

Die Tagespflegepersonen in Wilhelmshaven werden künftig 5,80 Euro pro Stunde pro Kind erhalten. Bislang waren es lediglich 4,64 Euro pro Stunde pro Kind. Die Kindertagespflegemitarbeiter sollen zudem im Krankheitsfall bis zu 30 Tage weiterhin Geld bekommen. Der Vorschlag der Verwaltung sah eigentlich nur eine Fortzahlung von maximal elf Tagen vor. Ebenso soll auch dann weiter Geld gezahlt wer-



Auch der Rat der Stadt hat beschlossen, dass es nun mehr Geld für die Kindertagespflege gibt. DPA

BILD: ARMIN WEIGEL

den, wenn ein Kind krank ist, und zwar ohne Begrenzung. Lediglich bei Urlaubszeiten des Kindes erfolgt eine Zahlung für die Dauer von maximal drei Wochen. Der Vor-

schlag der Verwaltung sah nur zwei Wochen vor.

Tagesmütter und -väter erhalten zudem auch dann Geld, wenn die Einrichtungen aufgrund von Quarantänen wie

etwa während der Corona-Pandemie geschlossen werden müssen.

Für den Beschluss gab es im Rat langen Applaus von der Zuschauertribüne, auf der vie-

le Tagesmütter saßen. Mit der Entscheidung endet eine monatelange Diskussion, in der es darum ging, dass die Stadt eigentlich kein Geld für die zusätzlichen Ausgaben habe. Bereits der Verwaltungsvorschlag würde zu 600 000 Euro Mehrkosten im Jahr führen, wie der Sozialdezernent Armin Schönfelder auch im Rat betonte. „Das sind 600 000 Euro Verbesserung. In Friesland und Wittmund werden Kindertagesmütter schlechter bezahlt“, sagte Schönfelder und wehrte sich damit gegen Kritik von Seiten der SPD, die Verwaltung würde die Arbeit der Kindertagespflegepersonen nicht wertschätzen.

Kämmerer warnt vor Mehrausgaben

Der Vorschlag der Sozialdemokraten kostet nun noch mal mindestens eine halbe Million Euro mehr, warnte Kämmerer Thomas Bruns. Bereits im Vorfeld hatte er betont, wie groß die finanziellen Probleme der Stadt sind. „Jede Mehrausgaben, die Sie heute beschließen,

vergrößert die Not“, so Bruns. Dies gelte für Einmalausgaben und bei dieser Sache umso mehr, da sie einen strukturellen Effekt hat und jedes Jahr den Haushalt der Stadt belastet.

Uneinigkeit im Verwaltungsvorstand

Als einzelne Ratsmitglieder daraufhin diskutierten, ob die Entscheidung nicht verschoben werden solle, bis Klarheit über den künftigen Haushalt herrscht, drängte Sozialdezernent Schönfelder darauf, doch bitte heute eine Entscheidung zu treffen. Dies sei „der Wunsch der Verwaltung“. Dass dies nicht so ist, war am Kopfschütteln Bruns' zu erkennen. CDU-Ratsfrau Anja Mandt sagte dazu: „Ich würde es begrüßen, wenn die Meinung des Verwaltungsvorstandes eine abgestimmte wäre und nicht der eine Hü und der andere Hott sagt.“ Am Ende wurde dem Beschluss mit den Änderungen der SPD aber mit großer Mehrheit zugestimmt. Nur die AfD und Teile der CDU stimmten dagegen.